

Es droht ein Stau beim Geldfluss

Bundesrat will sowohl investieren wie sparen

Der Bundesrat will für knapp drei Milliarden Franken dringende Verkehrsprojekte realisieren. Die Mittel sind je rund zur Hälfte für die Beseitigung von Engpässen auf Nationalstrassen und Ausbauten in den Agglomerationen vorgesehen.

GIERI CAVELTY

Die Autobahn ist verstopft, der Ortsbus vollgepfert: Es läuft immer weniger rund im Verkehrsland Schweiz. Der Bundesrat gibt jetzt etwas Gegensteuer: In den kommenden vier Jahren will er insgesamt fast drei Milliarden Franken in dringende Verkehrsvorhaben investieren. Die Mittel sind je rund zur Hälfte für die Beseitigung von Engpässen auf Nationalstrassen sowie für Projekte des öffentlichen Verkehrs in den Agglomerationen vorgesehen (vgl. Tabelle unten).

- Im Strassenbereich geht es unter anderem um den Ausbau des Gubristunnels auf der Nordumfahrung Zürich sowie um den 6-Spur-Ausbau des Autobahnabschnitts zwischen Härkingen und Wiggertal in den Kantonen Solothurn und Aargau.

- Beim «Programm Agglomerationsverkehr» geht das meiste Geld – 282 Millionen – an die Durchmesserlinie in Zürich, welche die Stadt von Altstetten über den Hauptbahnhof bis nach Oerlikon in einem grossen Bogen durchquert. Weiter unterstützt werden beispielsweise Tramprojekte in Bern, Basel, Lausanne und Genf sowie zahlreiche kleinere Bauvorhaben in der ganzen Schweiz.

Geld ist noch gar nicht vorhanden

Ursprünglich haben Kantone und Gemeinden um Geld für Nationalstrassenprojekte in der Höhe von 17,5 Milliarden Franken nachgesucht. Sehen lassen kann sich aber auch der Wunschzettel im Bereich Agglomerationsprogramm: Wäre es nach Kantonen und Gemeinden gegangen, hätte die Eidgenossenschaft dafür gegen sieben Milliarden Franken herausgerückt. Jetzt verspricht der Bund für einen noch unbestimmten späteren Zeitpunkt weitere Investitionen zur Engpassbeseitigung in der Höhe von vier Milliarden. Und beim Agglomerationsverkehr sollen in vier Jahren weitere 1,2 Milliarden gesprochen werden.

Bloss: Schon die gestern bewilligten Mittel sind eigentlich gar nicht vorhanden. Der Infrastrukturfonds des Bundes ist auf Jahre hinaus verplant. Konkret: Die Kantone müssen dem Bund das meiste Geld für den Agglomerationsverkehr vorschieschen. Mit einer Rückzahlung können sie frühestens ab dem Jahr 2017 rechnen.

Und als ob sich der Geldfluss nicht schon stauen würde – in den beiden Botschaften zu Engpassbeseitigung und Agglomerationsprogramm wird ausdrücklich auf den provisorischen Charakter der versprochenen Investitionen hingewiesen. «Zur Ausgleichung der Defizite des Bundeshaushaltes kann eine spürbare Kürzung nicht ausgeschlossen werden», heisst es.

Hintergrund dieser Klausel: Die Landesregierung hat vor acht Tagen – gegen den Willen von Verkehrsminister Moritz Leuenberger – im Grundsatz ein Sparprogramm von 4,5 Milliarden Franken für die Jahre 2011 bis 2013 beschlossen.

Blockade durch Einsprachen

Leuenberger warnte gestern darum vor den Medien davor, dass einzelne Projekte aufgeschoben werden könnten. Im Gespräch mit dieser Zeitung gab er sich dann allerdings kämpferisch: «Dieses Sparpaket ist noch keineswegs beschlossene Sache», sagte der SP-Magistrat. Womöglich werde er seine Bundesratskollegen ja davon überzeugen, das anvisierte Sparprogramm nicht in die Tat umsetzen zu wollen. Mehr Erfolg verspricht sich der SP-Magistrat aber bei der Legislative: «Das Parlament hat das letzte Wort. Und ich bezweifle, dass es bei der Infrastruktur sparen und damit den Verkehrsbereich schleifen will.»

Pikanterweise gibt es indes in Leuenbergers eigenem Umfeld Stimmen, die dessen Warnungen relativieren. Ein hoch gestellter Verkehrsexperte beim Bund erklärt, der SP-Magistrat «betreibe eine Politik für die Galerie». Es gehe Leuenberger nicht zuletzt darum, seine SP-Klientel zu bedienen. «Die Sparvorgaben des Gesamtbundesrates dürften kaum Schwierigkeiten machen», sagt er. «Das ungleich grössere Problem werden die Einsprachen sein, welche die Bauprojekte hinauszögern werden. Und in den öffentlichen Agglomerationsverkehr investiert der Bund ja nur, wenn die Städte ihre Pläne in die Tat umsetzen.»

Zumindest teilweise hat der Mann wohl recht: Das Geld für den Ausbau des Autobahnabschnitts Härkingen-Wiggertal hat der Bundesrat nämlich bereits im Rahmen des Konjunkturprogrammes bewilligt. Pasiert ist dort jedoch noch nichts: Das Bauvorhaben ist in der Tat durch Einsprachen blockiert.



FLÜSSIGER VERKEHR Der Bundesrat bewilligt drei Milliarden. KEYSTONE

DIE GROSSTEN VERKEHRSPROJEKTE IN DER REGION

| Agglomerationen | Projekt | Kosten in Mio. Fr. | Bundesbeitrag in Mio. Fr. |
|--|--|--------------------|---------------------------|
| Schiene | | | |
| Zürich | Ausfinanzierung der Durchmesserlinie; Teil S-Bahn | 564.66 | 282.33 |
| Bern | Entflechtung Wylerfeld | 93.35 | 32.67 |
| Solothurn | Verschiebung Bahnhof Bellach | 8.68 | 3.47 |
| Solothurn | Neuer Haltepunkt Solothurn Brühl Ost | 8.68 | 3.47 |
| Aarau/Aareland | WSB-Station Torfeld Süd | 3.95 | 1.58 |
| Trams/Stadtbahnen | | | |
| Bern | Tram Ostermündigen/Rüti | 123.22 | 43.13 |
| Bern | Tram Köniz Schlieren | 89.33 | 31.27 |
| Basel | ÖV-Erschliessung Erlinmatt | 30.93 | 12.37 |
| Basel | ÖV-Direktverbindung Leimental-Basel SBB | 16.48 | 6.59 |
| Motorisierter Individualverkehr | | | |
| Bern | Verkehrssanierung Worb | 57.69 | 20.19 |
| Baden | Umbau Schulhausplatz (inklusive Anpassung Schlossberg- und Velotunnel) | 32.53 | 13.01 |
| Aareland | Knotensanierung Zofingen bis Oltrigen | 12.93 | 5.17 |
| Nationalstrassen | | | |
| Zürich | Ausbau des Gubristunnels auf der Nordumfahrung | 940 * | |
| Solothurn/Aargau | 6-Spur-Ausbau zwischen Härkingen und Wiggertal | 165 * | |
| Luzern/Zug | 6-Spur-Ausbau zwischen Blegi und Rütihof | 135 * | |

*aus dem Infrastrukturfonds des Bundes
Quelle: UVEK

Nachrichten

Westerwelle kommt



Der neue deutsche Aussenminister Guido Westerwelle wird heute der Schweiz einen offiziellen Arbeitsbesuch abstatten. Er wird mit Aussenministerin Micheline Calmy-Rey bilaterale Fragen sowie aktuelle europapolitische und internationale Themen besprechen, wie das Aussenministerium bekannt gab. Vor dem Treffen mit Calmy-Rey stattet der Aussenminister auch Bundespräsident Hans-Rudolf Merz einen Höflichkeitsbesuch ab. (AP)

Mietrecht Revision wegen Zinsen

Die ständerätliche Rechtskommission ortet Revisionsbedarf beim Mietrecht. Mit sieben zu vier Stimmen trat sie auf die Vorlage zur Änderung des Mietrechts zum Schutz vor missbräuchlichen Mietzinsen ein. (AP)

LSVA 130 Millionen Mindereinnahmen

Der Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts zur Leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) war gestern auch Thema im Bundesrat. Man sei der Meinung, dass das Urteil «im Zweifelsfall» an das Bundesgericht weitergezogen werden soll, sagte Bundesrat Moritz Leuenberger am Rande einer Medienkonferenz. Die Umsetzung des Urteils würde ihm zufolge Mindereinnahmen von 130 Millionen Franken bedeuten. (AP)

Konkurse Grenze bei Lohnforderung

Lohnforderungen von Arbeitnehmern im Konkurs sollen begrenzt werden. Sie sollen nur noch bis zum Betrag des gemäss obligatorischer Unfallversicherung maximal versicherten Jahresverdienstes in der ersten Klasse privilegiert sein, wie der Bundesrat mitteilte. Mit der Begrenzung werde das auf einen gebührenden Sozialschutz abzielende Konkursprivileg auf seine ursprüngliche Funktion zurückgeführt. Exzessive Löhne sollen diesem Schutz nicht mehr unterliegen. (AP)

Kein Kanton Nordwestschweiz

Jungpolitiker sehen keinen Anlass, die Schweizer Strukturen zu ändern

ESTHER JUNDT

Siebt 20 Jahren setzt sich die «Vereinigung für eine Starke Region» für einen Kanton Nordwestschweiz ein, der im Rahmen einer eidgenössischen Gebietsreform entstehen soll. Weit fortgeschritten ist die Gruppierung mit dieser Idee nicht. Weder regional noch national diskutierten Politiker oder Bevölkerung das Thema. Die Politiker mieden diese Vision im Wissen, dass schon Gemeindefusionen mit etlichen Emotionen verbunden sind. Dies bestätigten nationale Jungpolitiker an einer Podiumsdiskussion in Basel. Christian J. Haefliger blieb als Vorstandsmitglied der Vereinigung mit der Vision eines Kantons Nordwestschweiz ein einsamer Rufer in der Wüste.

«26 Kantone – ein Auslaufmodell?» war der Titel der Veranstaltung. Einleitend sagte Peter Grünfelder, Staatsschreiber des Kantons Aargau, dass ein Zusammenschluss von Kantonen für den Aargau derzeit nicht infrage komme. Vielmehr werde vermehrt die rangniedrigste Körperschaft – nämlich die Gemeinde – mit zusätzlichen Kompetenzen ausgestattet. Die Kantone müssten aber besser zusammenarbeiten.

In der Diskussion betonte der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann, dass der Wettbewerb unter den Kantonen zu einem guten Resultat führe. Der Kanton gehöre zur Identität der Menschen. Der im Fricktal aufgewachsene 27-jährige Jungpolitiker sagte, «die Fricktaler wollen nicht Basler werden, weil sie sich als Aargauer betrachten». Auch für den 28-jährigen Berner FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen und die 31-jährige Berner Nationalrätin Evi Allemann ist eine Kantonsfusion kein Thema.

Kurz: Die Jungpolitiker wollten nicht über Kantonszusammenlüsse diskutieren. Sie redeten lieber über Gemeindefusionen.

Mit Härte gegen Dopingsünder

Bundesrat nimmt das Umfeld der Athleten ins Visier

Die Landesregierung verstärkt ihren Kampf gegen Doping. Mit dem überarbeiteten Sportförderungsgesetz werden die Strafbestimmungen gegen das Umfeld von positiv getesteten Athleten verschärft. Dabei handelt es sich laut Matthias Remund, dem Direktor des Bundesamtes für Sport, beispielsweise um Trainer, Funktionäre oder Masseure. Besonders hart angepackt werden sollen Personen, welche mit Doping gewerbsmässigen Handel betreiben oder verbotene Substanzen an Kinder weitergeben. Dopende Sportler sollen hingegen wie bisher durch die Sportverbände mit Sperren bestraft werden. Im Weiteren wurden Rechtsgrundlagen geschaffen, um den Datenaustausch mit nationalen und internationalen Anti-Doping-Stellen zu gewährleisten.

Schulsport im Gesetz verankert
Im revidierten Gesetz wurde zudem das Schulsportobligatorium verankert. Regelungen zu zeitlichem Umfang und zur Qualität der Turnstunden sollen die Kantone erlassen können. Bis kantonale Regelungen in Kraft sind, gilt übergangsmässig das heute geltende Obligatorium von drei Wochenlektionen. Theoretisch ist es zwar möglich, dass sich die Kantone für zwei Wochenlektionen entscheiden. Der Trend geht aber in die andere Richtung, sagte Remund. (AP)